



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Bundesrat  
Der Präsident

Wien, 2020 05 05  
37/BNR

An den  
Herrn Präsidenten des Nationalrates

Der Bundesrat hat in der 906. Sitzung am 04.05.2020 beschlossen, gegen den

**Beschluss des Nationalrates vom 28. April 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Umsatzsteuergesetz 1994, die Bundesabgabenordnung, das Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz, das Bundesgesetz über die Errichtung eines COVID-19-Schulveranstaltungsausfall-Härtefonds (COVID-19-Schulstornofonds-Gesetz), das Bundesgesetz über die Einrichtung einer Abbaubeteiligungsaktiengesellschaft des Bundes (ABBAG-Gesetz) und das Bundesgesetz, mit dem eine Ermächtigung zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt wird, geändert werden sowie das Bundesgesetz über die Prüfung von Förderungen des Bundes aufgrund der COVID-19-Pandemie (COVID-19-Förderungsprüfungsgesetz – CFPG) erlassen wird (18. COVID-19-Gesetz)**

mit der beigegebenen Begründung Einspruch zu erheben.

Im Sinne des Artikels 42 Absatz 3 B-VG wird dieser Einspruch übermittelt.

Unter einem wird der Einspruch des Bundesrates auch dem Herrn Bundeskanzler zur Kenntnis gebracht.

Robert Seeber

#### Anlagen

Präsident des Bundesrates  
A-1017 Wien, Parlament  
Tel. +43 1 401 10-2204  
Fax +43 1 401 10-2434  
robert.seeber@parlament.gv.at